

PLANZEICHENERKLÄRUNG

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Gewerbegebiete

Höchstmaß

(siehe TF 4)

Geschossflächenzahl (GFZ)

Zweckbestimmung Regenwasserrückhaltebecken

Flächen mit wasserrechtlichen ```Festsetzungen

7) FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND WALD Flächen für Wald

8) PLANUNGEN, NUTZUNGSREGE UNGEN, MASSNAHMEN UND LÄCHEN FÜR MASSNAHMEN

UM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR JND LANDSCHAFT Umgrenzung von Flächen für

zu erhaltende Bäume

für Nebenanlagen,

Umgrenzung der Flächen für

Vorkehrungen zum Schutz vor

TXXXX Umgrenzung der Fläche,

besondere Anlagen und

im Sinne des Bundes-

Immissionsschutzgesetzes

die noch mit Kampfmitteln

belastet sein können. Aus

Oberflächensondierungen

Maßnahmen empfohlen

tungsbereiches des Bebau-

ung oder des Maßes der bau-

bzw. baubegleitende

Grenze des räumlichen Gel-

Grenze unterschiedlicher Nutz-

lichen Nutzung

siehe Hinweise

TG 1-11 Teilgebiet der Emissionskontingente nach der Tabelle in TF 9

ungsplanes

Sicherheitsgründen werden

- Lärmschutz - (siehe TF 10)

schädliche Umwelteinwirkungen

Gemeinschaftsanlagen

Stellplätze, Garagen und

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (siehe TF 8)

anzupflanzende Bäume

Abweichende Bauweise: Gebäudelängen über 50,0 m sind zulässig. Es gelten die Abstandsvorschriften der offenen Bauweise.

9) SONSTIGE PLANZEICHEN Umgrenzung von Flächen

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Straßenverkehrsflächen

Zweckbestimmung:

Radfahrerbereich (siehe TF 7) Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

aus dem II. Weltkrieg Grünflächen Zweckbestimmung: Parkanlage Zweckbestimmung:

WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAF DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG DES WASSER-

> Wasserflächen (Wasserzug Annenriede)

Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft

Aufgrund der §§ 1 (3) und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) und des § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 hat der Rat der Stadt Delmenhorst die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 321 bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Delmenhorst, den 08.05.2013

Stadt Delmenhorst gez. Patrick de La Lanne Oberbürgermeister

Delmenhorst, den 08.04.2013

wurden am 16.05.2012 ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und die zugehö-

men (§ 3 (2) BauGB) und Abwägung aller öffentli-

Der Oberbürgermeister

Fachdienst Stadtplanung

Der Oberbürgermeister

Fachdienst Stadtplanung

Der Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister

Fachdienst Stadtplanung

Im Auftrag

gez. U. Ihm

Im Auftrag

gez. U. Ihm

Fachdienst Stadtplanung

Im Auftrag

VERFAHRENSVERMERKE

Sitzung am 24.08.2011 die Aufstellung der 1. Ände- rige Begründung haben vom 29.05.2012 bis rung des Bebauungsplanes Nr. 321 beschlossen. 29.06.2012 gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich ausge-Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB legen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung am 08.09.2011 bekanntgemacht worden.

Delmenhorst, den 08.04.2013 Der Oberbürgermeister Fachdienst Stadtplanung

Die Verwertung für nichteigene oder wirtschaftliche 23.01.2013 gemäß § 3 (2) BauGB in Verbindung mit Zwecke und die öffentliche Wiedergabe ist nur mit § 4 a (3) BauGB erneut öffentlich ausgelegen. On Erlaubnis der zuständigen Behörde zulässig (§ 5 und Dauer der eingeschränkten öffentlichen Ausle-Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes über das gung wurden am 19.12.2012 ortsüblich bekannt amtliche Vermessungswesen vom 11.12.2002). gemacht Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegen- Delmenhorst, den 08.04.2013

samen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 15.06.2005). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Der Rat der Stadt hat die 1. Änderung des Bebau Örtlichkeit ist einwandfrei möglich. ungsplanes Nr. 321 nach Prüfung aller Stellungnah-

> Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) chen und privaten Belange gegeneinander und un-RD Cloppenburg tereinander gemäß § 1 (7) BauGB in seiner Sitzung eramt Delmenhorst am 18.04.2013 als Satzung sowie die Begründung Im Auftrag beschlossen.

> > gez. Mentzel Delmenhorst, den 08.04.2013

Delmenhorst, den 08.04.2013 Fachdienst Stadtplanung

Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 (3) BauGB gez. U. Ihm am 21.05.2013 im Delmenhorster Kreisblatt bekannt gemacht worden. Die 1. Änderung des Bebauungs-Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am planes Nr. 321 ist damit am 21.05.2013 rechtsver-18.04.2012 beschlossen, den Entwurf der 1. Ände- bindlich geworden. rung des Bebauungsplanes Nr. 321 und die zugehö- Delmenhorst, den 21.05.2013 rige Begründung gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich

gez. U. Ihm

Delmenhorst, den 08.04.2013 Der Oberbürgermeister Fachdienst Stadtplanung Im Auftrag TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

. In allen Gewerbegebieten sind selbständige Lagerplätze unzulässig. 2. Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind Vergnügungsstätten und

Tankstellen unzulässig. . Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind Einzelhandelsbetriebe

allgemein ausgeschlossen. Ausnahmsweise zulässig sind nur

 betriebliche Verkaufsstätten, die in einem unmittelbaren räumlichen und betrieblichen Zusammenhang mit einem Handwerksbetrieb oder produzierenden

Gewerbebetrieb stehen. Die Verkaufsstätten müssen dem zugeordneten Gewerbebetrieb räumlich und funktional untergeordnet sein. Weiter sind Verkaufsstellen und Kioske mit nahversorgungsrelevanten Sortimenten

bis maximal 100 m² Verkaufsfläche zulässig. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

4. Die zulässige Höhe baulicher Anlagen einschließlich technischer Aufbauten ist auf 15,0 m begrenzt. Bezugspunkt ist die Oberfläche der Fahrbahnmitte des dem Baugrundstück nächstgelegenen Straßenabschnittes der öffentlichen Verkehrsfläche.

ERSCHLIESSUNG . Auf der öffentlichen Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung Fußgänger- und Radfahrerbereich wird ein Fahrrecht zugunsten von landwirtschaftlichen

Nutzfahrzeugen festgesetzt. FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ VON BODEN, NATUR UND

LANDSCHAFT

6. Grundstückszufahrten, Zuwegungen und Stellplätze sind flächensparend anzulegen. Ihr Versiegelungsgrad darf 60% nicht überschreiten. LKW-Zufahrten dürfen versiegelt

. Fuß- und Radwege sind versickerungsoffen anzulegen. Sie müssen von vorhandenen Bäumen einen Abstand von mindestens 3,0 m zum Schutz des Kronen- und Wurzelbereiches einhalten.

8. Auf den öffentlichen Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sind Großbäume und Sträucher zu einem dichten Gehölzsaum (HSE) anzupflanzen. 80% der Fläche ist mit Sträuchern und Heister in einem Pflanzraster von 1,50 m x 1,00 m zu bepflanzen. Auf den übrigen 20% der Flächen ist je angefangene 15 m² ein Laubbaum zu pflanzen.

MMISSIONSSCHUTZ UND FLÄCHEN FÜR DEN LÄRMSCHUTZ

9. Bezüglich der nachfolgend angesprochenen Begriffe und Verfahren wird auf die DIN 45691 ("Geräuschkontingentierung", Hrsg. Deutsches Institut für Normung e.V., Beuth Verlag Berlin, Dezember 2006) verwiesen (siehe auch Hinweise).

Im Gewerbegebiet sind Anlagen und Einrichtungen zulässig, deren Geräusche die in der folgenden Tabelle angegebenen Emissionskontingente LEK weder tags (6.00 -22.00 Uhr) noch nachts (22.00 bis 6.00 Uhr) überschreiten: Toilgobiot TG | L___ tags | L___ nachts

Teilgebiet TG	L _{EK} , tags	L _{EK} , nachts
1	58	43
2	58	43
3	65	50
4-0	65	50
4-1	60	45
5	65	50
6	65	50
7	65	50
8	65	50
9	65	50
10	65	50
11	58	43

Alle Werte in dB(A) bezogen auf 1 Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691: 2006-12, Abschnitt 5

Die festgesetzten Emissionskontingente sind als "Beurteilungspegel" i.S. der Sechsten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 26.08.1998 (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm; GMBI. 1998 Seite 503 ff) zu verstehen. Demgemäß ist bei einem schalltechnischen Nachweis nach dem im Anhang A zu dieser Verwaltungsvorschrift beschriebenen Verfahren

Eine Umverteilung der Emissionskontingente ist zulässig wenn nachgewiesen wird, dass der aus den festgesetzten Emissionskontingenten resultierende Gesamt-Immissionswert L_{GI} nicht überschritten wird.

Ein Vorhaben erfüllt auch dann die schalltechnischen Anforderungen des Bebauungsplanes, wenn der Beurteilungspegel L_r den Immissionsrichtwert nach TA Lärm um mindestens 15 dB(A) unterschreitet.

10. Auf der Fläche für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist eine Lärmschutzanlage (Lärmschutzwall und/ oder Lärmschutzwand) mit einem Schirmmaß von 3.50 m über der Geländeoberkante herzustellen. Von dieser Maßnahme kann ausnahmsweise abgesehen werden, wenn der Schutzanspruch der angrenzenden Wohnbebauung (allgemeines Wohngebiet an der Langenwischstraße) durch anderweitige Maßnahmen oder Vorkehrungen sichergestellt wird.

ANPFLANZUNGEN

11. Die Stickgraser Allee ist als vierreihige Allee anzulegen. Entsprechend der Planzeichnung sind Laubbäume in einem Abstand von maximal 7,00 m zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Art der Laubbäume ist aus der textlichen Festsetzung 13 (Pflanzliste für Alleebäume) zu wählen. Auf die Anpflanzung von Bäumen kann ausnahmsweise verzichtet werden, wenn dieses für die zulässige Zufahrt zu einem Baugrundstück erforderlich ist oder dieses für die Verlegung von Versorgungsleitungen zu den Flächen für die Wasserwirtschaft (Regenwasserrückhaltebecken) erforderlich

2. Die Straßen Zum Heuerhaus und Zur Brinksitzerei sowie die Weyher Straße sind als Allee anzulegen. Entlang des Straßenverlaufs ist in einem regelmäßigen Abstand von maximal 7,00 m ein Laubbaum zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Art der Laubbäume ist aus der textlichen Festsetzung 13 (Pflanzliste für Alleebäume) zu

3. Pflanzliste für Alleebäume:

Kaiserlinde Tilia pallida Fraxinus excelsior Acer platanoides Acer pseudoplatanus

Der Stammumfang neu angepflanzter Bäume soll mindestens 16 - 18 cm (gemessen in 1,0 m Höhe) betragen. Das Pflanzbeet muss mindestens 9 m² groß sein.

Quercus robur

14. In allen Gewerbegebieten sind die nicht überbaubaren Grundstücksflächen zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der straßenseitigen Baugrenze mit Bäumen und Sträuchern entsprechend der textlichen Festsetzung 16 (Pflanzliste) zu begrünen. 15. Auf ebenerdigen Stellplatzanlagen ist je 6 angefangene Stellplätze ein mittelkroniger

Laubbaum gemäß nachfolgender Pflanzliste anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten.

16. Pflanzliste:

Fagus sylvatica Vogelkirsche Prunus avium Sorbus aucuparia Quercus robur Kornelkirsche Cornus mas Quercus petraea Corylus avellana Betula pendula Malus sylvestris Crataegus monogyna Echte Traubenkirsche | Prunus padus Hainbuche

Der Stammumfang neu angepflanzter Bäume soll mindestens 12 – 14 cm (gemessen in 1,0 m Höhe) betragen. Die Höhe neu angepflanzter Sträucher und Heister soll 100 - 150 cm betragen.

ERHALT VON GEHÖLZEN 17. Die in der Planzeichnung festgesetzten Einzelbäume sind dauerhaft zu erhalten.

Beeinträchtigungen ihres Kronen- und Wurzelbereiches sind unzulässig. Bei ihrem Abgang ist eine Neuanpflanzung vorzunehmen. Die Errichtung von Gebäuden aller Art ist innerhalb dieser Flächen unzulässig.

MASSNAHMEN ZUM AUSGLEICH VON EINGRIFFEN IN NATUR UND LANDSCHAFT

- 18. Auf dem Flurstück 518/13 (bisher 518/9) der Flur 32 in der Gemarkung Delmenhorst und auf den Flurstücken 40/1 und 46/9 der Flur 10 in der Gemarkung Hasbergen sind Kompensationsmaßnahmen entsprechend des Pflege- und Entwicklungskonzepts zum Bebauungsplan Nr. 321 durchzuführen. Es sind folgende Maßnahmen vorgesehen:
- Waldaufwertung

eingeschränkten

- Aufforstung mit Eichen Anlage von Baumreihen mit Erlen oder Eichen
- Aufwertung einer Obstwiese
- Anlage von Feldhecken

Anlage eines Feldgehölzes

ZUORDNUNG DER AUSGLEICHSMASSNAHMEN 19. Flächen und Maßnahmen zum Ausgleich im Sinne des § 1 a (3) BauGB sind den

Grundstücken, auf denen Eingriffe in Natur und Landschaft erfolgen, folgendermaßen zugeordnet:

Ausgleich erfolgt

Eingriff erfolgt im Plangebiet Außerhalb des Plangebietes:

Gewerbegebieten Gemarkung Delmenhorst, Flur 32, Flurstück 518/13 (bisher 518/9) und Gemarkung Hasbergen, Flur 10, Flurstücke 40/1 und 46/9 (siehe Gewerbegebieten

und innerhalb des Plangebietes auf den öffentlichen Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur

und Landschaft (siehe TF Nr. 8) Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (siehe TF Nr. 8)

auf den Flächen für die Innerhalb des Plangebietes auf den öffentlichen Flächen für in der öffentlichen Innerhalb des Plangebietes auf den öffentlichen Grünflächen mit der Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage Zweckbestimmung

Innerhalb des Plangebietes durch das Anpflanzen von Alleebäumen (siehe TF Nr. 11 und 12) sowie auf den öffentlichen Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (siehe Nr. TF 8)

GEWÄSSERRANDSTREIFEN GEMÄSS § 38 WHG IN VERBINDUNG MIT SATZUNG DES WASSERVERBANDES GEMÄSS § 6 WVG (NACHRICHT-LICHE ÜBERNAHME GEMÄSS § 9 (6) BAUGB) An Gewässern, die gemäß § 39 NWG (Niedersächsisches Wassergesetz) als Gewässer

II. Ordnung eingestuft sind, ist gemäß § 6 der Satzung des Ochtumverbandes in Verbindung zu § 38 WHG (Wasserhaushaltsgesetz) auf Ufergrundstücken eine Bebauung (auch unterirdisch) oder Bepflanzung mit Bäumen oder Sträuchern sowie das Errichten sonstiger baulicher Anlagen nur in einem Abstand von 5,00 m von der oberen Böschungskante zu-

HINWEISE Sollten bei Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde zutage treten,

wird darauf hingewiesen, dass diese Funde meldepflichtig sind. Die Funde sind unverzüglich einer Denkmalbehörde oder einem Beauftragten für die Archäologische Denkmalpfle-Auf § 3 der Satzung zum Schutz des Baumbestandes (Baumschutzsatzung) der Stadt Delmenhorst wird hingewiesen.

Die DIN 45691 "Geräuschkontingentierung" kann bei der Stadt Delmenhorst, Fachdienst Stadtplanung eingesehen oder beim Beuth Verlag Berlin bezogen werden. Die Quartiere gefährdeter Fledermausarten in der im Bebauungsplan als Wald fest-

gesetzten Fläche und in der Allee zum Gut Langenwisch nördlich des Plangebietes sollen durch folgende Maßnahmen geschützt werden: In der mit gekennzeichneten öffentlichen Grünfläche ist auf eine Beleuchtung

In den mit gekennzeichneten Baugebieten ist auf der straßenabgewandten Seite baulicher Anlagen eine nächtliche Dauerbeleuchtung zu vermeiden. Sofern eine Beleuchtung aus Sicherheitsgründen erforderlich ist, sollten Natriumdampf-Hochdrucklampen (HSE) verwendet werden. Die Verwendung von Quecksilberdampf-Hochdrucklampen (HME) ist zu vermeiden.

SONSTIGES

Mit der Bekanntmachung dieses Bebauungsplanes gemäß § 10 BauGB treten alle bis dahin rechtsverbindlichen Bebauungspläne oder Teile von Bebauungsplänen im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes außer Kraft.

RECHTSGRUNDLAGEN

Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22.07.2011 (BGBI. I S. 1509);

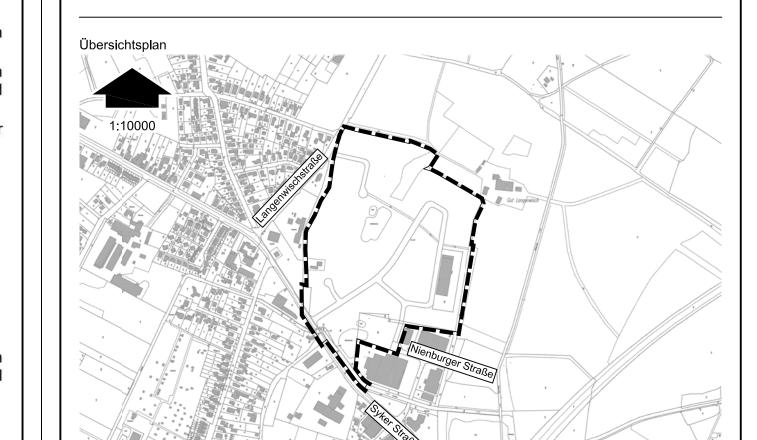
die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990

Delmenhors



I. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 321 "Gewerbegebiet Stickgras"

für einen Bereich zwischen Stickgraser Schulweg, Syker Straße und Gut Langenwisch mit Änderungen im gesamten Planbereich



Rechtskräftig seit: 21.05.2013

FACHDIENST 51 - STADTPLANUNG

Entwurf: Dipl.-Ing. Bärbel Bringmann Zeichnung: Danny Igersky